

## DAS THEMA

„Vier Jahre danach – Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal in Thüringen konsequent umgesetzt?“, so der Titel der von der Linksfraktion beantragten Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 4. November. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll.

### Katharina König, DIE LINKE:

Heute vor vier Jahren wurde in Eisenach das Wohnmobil mit den Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos entdeckt (...) Vier Jahre danach soll es aber heute hier nicht darum gehen, was alles an offenen Fragen da ist und was wir an Details schon aufgearbeitet haben, sondern: Inwieweit sind denn die Konsequenzen, die im ersten NSU-Abschlussbericht gefordert wurden, hier in Thüringen schon umgesetzt und wie ist es auf Bundesebene und auch im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Ich möchte zitieren aus einem offenen Brief von 29 Nebenklägeranwälten, die im NSU-Prozess Opferangehörige vertreten: „So hat die Große Koalition inzwischen unter anderem zwar eine Reform des Bundesamts für Verfassungsschutz beschlossen, statt aber dessen Befugnisse zumindest an den Stellen einzuschränken, an denen sie missbraucht wurden oder aber zumindest kontraproduktiv gewirkt haben, sind nunmehr die Macht und die praktischen sowie finanziellen Mittel des Bundesamts massiv ausgebaut worden. Man hat aus den im vorangegangenen Untersuchungsausschuss festgestellten Fehlentwicklungen nichts

# „Wir müssen den Rassismus anklagen“

## Katharina König im Landtag zu den Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal

gelernt, man hat sie vielmehr weitestgehend legalisiert.“ Es sind immerhin 29 Nebenkläger, die sich gemeinsam an den Bundesuntersuchungsausschuss gewandt haben, der jetzt in einer zweiten Instanz versuchen wird, weiterhin mit aufzuklären.

Im Gegensatz dazu ist das, was in Thüringen bisher an Konsequenzen umgesetzt wurde, doch ein positives Beispiel. Ich möchte nur einige Konsequenzen nennen: Zum einen natürlich der neue NSU-Untersuchungsausschuss, der auch mit der CDU gemeinsam eingesetzt wurde. Das war ja eine der gemeinsamen Folgerungen. Entscheidend jedoch – besonders im Vergleich zu allen anderen Bundesländern

– ist das Abschalten der V-Leute, ist die Beschränkung der Möglichkeiten des Landesamtes für Verfassungsschutz und demzufolge auch die finanzielle Einschränkung, die wir hier in Thüringen schon umgesetzt haben. Dafür sage ich ein ganz klares Dankeschön, im Namen aller Fraktionäre der rot-rot-grünen Koalition.

Denn das ist die einzig richtige Logik, abgesehen von der Abschaffung des Verfassungsschutzes im Generellen, an der wir natürlich noch arbeiten, die man nach NSU ziehen kann. Was wir dazu getan haben, ist, dass wir MOBIL, die mobile Beratungsstelle in Thüringen, finanziell und personell gesichert und gestärkt haben. Dasselbe gilt für ezra, das ist die Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt.

Allerdings sind wir in Thüringen auch noch nicht mit allen Konsequenzen, die zu ziehen wären, am Ende. Für 2016 werden wir in die Gespräche gehen mit den Opferangehörigen und mit den Betroffenen der Sprengstoffanschläge zur

Errichtung einer entsprechenden Gedenk- und Mahnstelle hier in Thüringen, wir werden aber auch die Polizeivertrauensstelle in Angriff nehmen. Und nicht zuletzt werden wir uns dem institutionellen und gesellschaftlich weit verbreiteten Rassismus stellen, und zwar in Form der Enquetekommission Rassismus. Diese ebenso wie die Forschungs- und Dokumentationsstelle wollen wir hier im Jahr 2016 errichten.

Wir müssen den Rassismus als zentrales Thema öffentlich anklagen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit politisch organisiertem Rechtsextremismus, auf welchen er oft reduziert wird, sondern im Zusammenhang mit der gesamten Gesellschaft. Da setze ich auf die Zusammenarbeit der rot-rot-grünen Koalition und hoffe aber auch auf Unterstützung durch die CDU-Fraktion, weil ich denke, das ist ein Thema, das uns alle angeht.

### Dorothea Marx, SPD:

Eine wichtige Erkenntnis des Ausschusses war und ist, dass es in einem Rechtsstaat keine kontrollfreien Räume gibt und dass auch natürlich ein Geheimdienst oder ein Verfassungsschutz von den Vertretern des Souveräns zu kontrollieren ist, also von Abgeordneten.

Wenn man sich anderswo immer beklagt, dass man bestimmte Sachen nicht bekommt, dann frage ich immer zurück: Wer beschließt denn, was Sie bekommen? Die Grundlagen für die Kontrolle der Geheimdienste sind Gesetze. Und wo werden Gesetze gemacht? Im Parlament, das wissen wir alle hier am besten. Wir haben Gesetze gemacht und sind auch weiter dabei, Maßnahmen zu treffen.

### Madeleine Henfling, B90/Grüne:

Es kann doch keiner leugnen, dass eines der Hauptprobleme im NSU-Komplex institutioneller und gesellschaftlicher Rassismus ist. Wer sich hinstellt und sagt, wir wüssten das noch nicht und müssten hier bis zum Ende noch aufklären, bevor wir Konsequenzen ziehen können, der hat sich mit dem letzten Untersuchungsausschuss nicht beschäftigt und auch nicht mit den Untersuchungsausschüssen, die sonst gelaufen sind.

Ich glaube, es wäre ein wichtiges Signal, wenn wir Menschen, die beispielsweise in Duldung hier sind oder einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben, einen Aufenthaltsstatus zuerkennen, wenn sie Opfer rechter Gewalt werden. Das ist nämlich genau das richtige Signal an die Täter, wenn wir ihnen sagen: Ihr kriegt uns hier nicht klein und ihr kriegt diese Menschen nicht klein und das Ergebnis eurer Gewalt ist die Solidarität dieser Gesellschaft.



## Vier Jahre danach: Gefahr erneuter Radikalisierung

Anlässlich des 4. Jahrestages des Auffliegens des sogenannten NSU am 4.11.2011 hatte MdL Katharina König erklärt: „Trotz mehrerer Untersuchungsausschüsse, trotz großen Ermittlungsaufwands der staatlichen Behörden und trotz eines aufwendigen Prozesses in München scheint die Zahl der ungeklärten Fragen zum NSU-Komplex nicht abzunehmen, sondern eher noch zu wachsen.“

Seit Monaten stehen im Thüringer Ausschuss die Ereignisse am 4.11.2011 in Eisenach im Mittelpunkt der Untersuchungen. Dabei erschienen die Abläufe vor Ort mit jeder Zeugaussage fragwürdiger. „Das polizeiliche Agieren bei der Sicherung von Spuren in Eisenach scheint alles andere als regelkonform gewesen zu sein“, fasste die Abgeordnete ihre bisherigen Eindrücke zusammen.

Es sei kein Wunder, dass eine Vielzahl von Verschwörungstheorien sich um den 4.11.2011 rankten. Dem gelte es mittels umfassender Aufklärung der Abläufe und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken. Angesichts der anstehenden Themen müsse die relativ geringe Anzahl an Sitzungsterminen des Thüringer Untersuchungsausschusses überdacht werden. Die LINKE werde

sich weiter um eine Erhöhung der Sitzungsfrequenz bemühen.

Der Ausschuss habe noch umfangreiche weitere Komplexe zu untersuchen wie beispielsweise die mutmaßlichen Verbindungen in die organisierte Kriminalität, welche vorrangig Personen und Vorgänge in Thüringen oder mit Bezug zu Thüringen betreffen. Die dazu zu sichtenden Akten würden einen kaum zu bewältigenden Umfang annehmen und vermutlich eine Vielzahl neuer Fragen und Problemstellungen aufwerfen.

### Mindestens 44 V-Leute waren im Umfeld des NSU aktiv

Nur in Ansätzen aufgedeckt seien das Netzwerk um den NSU mit seinen vielen kleinen und großen Helfern und Mitwissern und die Rolle der Spitze des Verfassungsschutzes. „Wir wissen bisher von mindestens 44 V-Leuten, die im Umfeld des NSU aktiv waren“, machte die Abgeordnete die Dimension der Verwicklung des Verfassungsschutzes deutlich.

Aufgrund des beharrlichen Verschweigens und Vertuschens bis hin zur Aktenvernichtung sei eine umfassende Erhellung der Rolle der Geheimdienste wahrscheinlich kaum noch zu leisten. Trotzdem gelte es, hartnäckig

zu bleiben. Mit Blick auf die heutige Situation mit brennenden Flüchtlingsunterkünften, Angriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund und wöchentlichen Aufmärschen rassistischer Bürger, konstatierte Katharina König: „Auch vier Jahre nachdem das erschütternde Ausmaß des NSU-Terrors bekannt wurde, zwei Jahre, nachdem Untersuchungsausschüsse in Thüringen und dem Bund als eine der maßgeblichen Ursachen den latenten und institutionellen Rassismus in der deutschen Gesellschaft benannten, kann sich in der Bundesrepublik wieder eine von rassistischen Ressentiments und Hass auf alles Fremde getragene Stimmung ausbreiten, die an die frühen 1990er Jahre erinnert. Die Politik ist gut beraten, nicht in die gleichen Muster der Ausgrenzung und Stigmatisierung zu verfallen.“

Das Gerede von „Transitzonen“ und nicht schutzbedürftigen Asylbewerbern erinnere fatal an die „Das Boot ist voll“-Debatte im Vorfeld der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. „Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe radikalisierten sich, wie andere aus dem gewaltbereiten Neonazispektrum, genau in diesem Klima, weil sie sich als Vollstrecker eines Volkswillens wähnen durften. Die Gefahr einer erneuten Radikalisierung besteht aktuell wieder.“ ■